

**projekt:21**

# **Lust AUF FAMILIE. LUST AUF VERANTWORTUNG.**

Antrag des Bundesvorstandes für den CDU-Bundesausschuss  
am 13. Dezember 1999.

**CDU**

**mitten im Leben.**



# I. Wandel der Lebenswirklichkeiten

**1.** Die Gründung einer Familie hat in den Lebensentwürfen der meisten jungen Menschen einen herausragenden Platz. Die Familie ist auch im 21. Jahrhundert die attraktivste

## Familie hat Zukunft

Lebensform. Drei Viertel der Bevölkerung ist davon überzeugt, nur in einer Familie wirklich glücklich leben zu können. Achtzig Prozent der Einwohner Deutschlands leben oder leben in Familienhaushalten. Familie hat Zukunft.

**2.** Am Beginn des 21. Jahrhunderts stellen wir gleichzeitig fest: Die Lebenswirklichkeiten in der deutschen

## Die Gesellschaft ändert sich

Gesellschaft haben sich tiefgreifend verändert.

Der Altersaufbau der Bevölkerung hat sich grundlegend gewandelt. Die Zahl der älteren Menschen steigt. Es werden deutlich weniger Kinder geboren als zum Erhalt der Bevölkerungszahl notwendig wäre. Die Gründe für den Geburtenrückgang sind vielfältig. In Ostdeutschland ist es nach der Wende zu einem erheblichen Rückgang der Geburtenzahlen gekommen. Vor allem bei den gut qualifizierten Frauen und Männern ist Kinderlosigkeit besonders ausgeprägt.

Neben finanziellen Gründen sind vor allem Probleme, Berufs- und Familienarbeit zu vereinbaren, dafür ausschlaggebend. Die Familiengründung steht heute im Wettbewerb mit anderen für die Menschen attraktiven Formen der Lebensgestaltung.

Rückläufig ist die Zahl der Eheschließungen. Gewachsen ist die Zahl der nicht-ehelichen Lebensgemeinschaften und der Ein-Personen-Haushalte. Das Durchschnittsalter bei der ersten Eheschließung ist ständig gestiegen. Die Zahl der Familien mit minderjährigen Kindern nimmt ab.

Stark angestiegen ist die Zahl der alleinerziehenden Eltern, insbesondere der unverheirateten Alleinerziehenden. Zunehmend entstehen neue Familien- und Partnerschaftsstrukturen mit komplexen Verwandtschafts- und Beziehungsverhältnissen.

Gewandelt haben sich auch das Rollenverständnis der Partner, die Erziehungskonzepte von Eltern und die Ausprägung der Eltern-Kind-Beziehung. Die Lebensstile der Menschen sind außerordentlich vielfältig geworden. Diese Pluralität ist heute gesellschaftlich akzeptiert. Wie nie zuvor stehen den meisten Menschen Wahlmöglichkeiten zwischen den unterschiedlichsten Wegen der Lebensgestaltung offen.

**3.** Auch das Verständnis der Rollen von Mann und Frau in Partnerschaft, Ehe und Familie hat sich gewandelt. Männer können und wollen immer seltener die alleinigen Ernährer der

### Eigene Wege gemeinsam gehen

Familie sein. Viele Frauen lehnen es ab, ihren Lebensentwurf ausschließlich als eine vom Mann abhängige und weitgehend auf Haushalt und Kindererziehung beschränkte Rolle zu verstehen. Junge Menschen wollen in der Ehe eigene Wege gemeinsam gehen. Sie wollen eigenständige und durchaus unterschiedliche Lebensentwürfe einbringen und partnerschaftlich verwirklichen können. Sie suchen Lebenssinn und Lebensglück in einer gelungenen Kombination von Familie und Beruf.

Die gleichzeitige Berufstätigkeit beider Partner ist das heute mehrheitlich gewünschte Lebensentwurf-Modell. Heute sind mehr als 2/3 aller Mütter mit Kindern und mehr als die Hälfte aller Mütter mit Kleinkindern berufstätig. Die meisten jungen Menschen wollen nicht vor die Alternative Beruf oder Familie gestellt werden. Gefragt ist heute die möglichst reibungslose Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

**4.** Die Entscheidung für Kinder ist und bleibt eine private Entscheidung. Dennoch muss es uns nachdenklich

stimmen, dass die Wünsche junger Leute nach Ehe und Kindern und die

### Wünsche und Realitäten klaffen auseinander

Zahl der tatsächlich geborenen Kinder weit auseinander klaffen.

Trotz erheblicher Summen, die für die Förderung von Familien aufgewandt werden, liegt der Schluss nahe, dass die gewährten Leistungen für Familien – auch im europäischen Vergleich – nicht ausreichend geeignet sind, jungen Paaren mehr Mut zu machen, Elternverantwortung zu übernehmen. Das Bundesverfassungsgericht hat den Gesetzgeber auch aus diesem Grund verpflichtet, bis zum Jahr 2002 eine durchgreifende Verbesserung der Familienförderung umzusetzen.

Das gestiegene Lebensniveau der Bevölkerung und die Erwartungen an die Gestaltung des eigenen Lebens bringen eine strukturelle Kinder- und Familienunfreundlichkeit der Gesellschaft mit sich.

**5.** Die CDU hat in den achtziger Jahren mit dem Erziehungsgeld und dem Erziehungsurlaub mit Wieder-

### Elternwünsche sind differenzierter geworden

einstellungsgarantie wichtige Fortschritte in der Familienpolitik durchgesetzt. Diese Instrumente sind

auch heute grundsätzlich unverzichtbar. Sie müssen aber angesichts differenzierter gewordener Wünsche und Bedürfnisse junger Eltern weiterentwickelt und flexibler ausgestaltet werden.

**6.** Wer teilweise oder vorübergehend ganz auf Erwerbsarbeit verzichtet, um Familienarbeit zu leisten und Kinder zu erziehen, dem fehlen Beitragszeiten in der Alterssicherung.

### Gerechtigkeit im Rentenrecht

Die CDU hat durch die Anerkennung von Kindererziehungszeiten im Rentenrecht begonnen, Abhilfe zu schaffen. Dennoch haben Eltern mit Kindern, insbesondere Frauen, geringere Renten als Kinderlose.

Wer Kinder erzieht, leistet einen Beitrag zum Generationenvertrag. Wer dies – aus welchen Gründen auch immer – nicht tut, leistet diesen Beitrag nicht, profitiert aber gleichwohl in der Regel von der Generationen-Solidarität. Zunehmend wird es gerade von Familien als ungerecht empfunden, dass kinderlose Ehepaare zwei voneinander unabhängige Alterseinkommen erwirtschaften können, die zu einem nicht unerheblichen Teil von den Kindern derer finanziert werden, die ihr Arbeitseinkommen in die Betreuung und Ausbildung dieser späteren Beitragszahler investiert und die im Alter geringere Ansprüche an die Rentenversicherung haben.

**7.** Heute erwarten die Menschen von Heirat und Familiengründung vor allem die Erfüllung persönlicher

### Partnerschaften stehen vor neuen Herausforderungen

Glücksvorstellungen. Junge Paare haben anspruchsvolle Erwartungen an ihre Partnerschaft und ihr Zusammenleben mit Kindern. Die früher vorherrschenden materiell-wirtschaftlichen oder gesellschaftlich-normativen Gründe für eine Eheschließung sind weitgehend in den Hintergrund getreten. Diese positive Entwicklung bringt neue Herausforderungen für Partnerschaft, Elternschaft und Kinder mit sich; dies insbesondere auch deshalb, weil generationenübergreifendes Zusammenleben und ortsnahe Verwandtschafts- und Nachbarschaftsnetze selten geworden sind.

In Deutschland wird gegenwärtig jede dritte Ehe geschieden. In 55 Prozent der Fälle sind auch minderjährige Kinder von Scheidung betroffen. Der Bedarf an Beratung in familiären Krisensituationen und bei Erziehungsschwierigkeiten hat deutlich zugenommen. In besonderem Maße sind Familien auf Hilfe angewiesen, in denen es zu Gewalt gegen Erwachsene und Kinder kommt, in denen Alkohol- oder Drogenprobleme zu bewältigen sind, in denen Kinder vernachlässigt oder missbraucht werden oder in denen die Folgen

langfristiger Arbeitslosigkeit zu verkraften sind.

**8.** Fast jedes fünfte Kind unter 18 Jahren lebt heute mit einer alleiner-

### **Alleinerziehende unterstützen**

ziehenden Mutter oder einem alleinerziehenden Vater zusammen.

Alleinerziehende haben spezifische Probleme zu bewältigen: Die Verantwortung für die Erziehungsarbeit tragen sie alleine. Oft sind die Möglichkeiten, erwerbstätig zu sein, wegen fehlender oder unzureichender Kinderbetreuung stark eingeschränkt. Auch ist nicht hinnehmbar, dass über 50 Prozent der unterhaltspflichtigen Väter ihren finanziellen Verpflichtungen nicht nachkommen. Das Einkommen Alleinerziehender liegt in der Regel deutlich unter dem von vergleichbaren Haushalten, häufig sind sie auf staatliche Transfers angewiesen.

Über das Unterhaltsvorschussgesetz und den Anspruch auf einen Mehrbedarfzuschlag bei der Sozialhilfe werden alleinerziehende Familien besonders unterstützt. In Kinderbetreuungseinrichtungen werden die Kinder Alleinerziehender vorrangig berück-

sichtigt. Diese Maßnahmen federn die besonderen Belastungen dieser Familien wenigstens zum Teil ab.

**9.** Angesichts des tiefgreifenden Wandels der Gesellschaft in Deutschland und eines veränderten Selbstverständnisses von Frauen und Männern im Hinblick auf die Gestaltung

### **Handlungsbedarf für die Familienpolitik**

ihrer Partnerschaft in Ehe und Familie besteht für die Familienpolitik neuer Handlungsbedarf. Es muss darum gehen, die veränderten Lebenswirklichkeiten und Bedürfnisse der Menschen unvoreingenommen wahrzunehmen. Erforderlich sind neue Lösungsansätze für eine bessere Vereinbarkeit von Berufs- und Familienarbeit, für einen gerechten Ausgleich zwischen Familien mit Kindern und kinderlosen Paaren, für eine wirkungsvolle Stärkung der Erziehungskraft der Familie, für eine angemessene Berücksichtigung der Erziehungsleistung in der Alterssicherung und eine durchgreifende Bewusstseinsänderung hinsichtlich der Bedeutung von Familien für unsere Gesellschaft.

## II. Leitideen für eine moderne Familienpolitik

**10.** Unsere Gesellschaft ist nicht zuletzt vom Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft geprägt. Die Soziale Marktwirtschaft muss unter den Bedingungen der Globalisierung von Wirtschaft und Finanzmärkten weiterentwickelt werden. Die Neue Soziale Frage des 21. Jahrhunderts ist die

### Markt und Menschlichkeit

Globale Soziale Frage: Wie gelingt es, unter globalisierten Bedingungen Antworten auf die brennenden sozialen Fragen und Herausforderungen zu finden? Dabei muss es uns auch im 21. Jahrhundert gelingen, Markt und Menschlichkeit zu versöhnen. Familien als ein entscheidendes Fundament unserer Gesellschaft spielen dabei eine wesentliche Rolle

**11.** Nach unserem Verständnis vom Menschen schreibt die Politik in einer freien und offenen Gesellschaft nicht vor, wie die Menschen zu leben haben. Die Menschen sollen sich in

### Vielfalt der persönlichen Lebensentwürfe respektieren

unserer Gesellschaft wohl fühlen können. Die Politik muss Rahmenbedingungen und Entscheidungsspielräume schaffen, die es ihnen ermöglichen, ihren persönlichen Lebensent-

wurf Wirklichkeit werden zu lassen. Sie muss Anreize so setzen, dass der Wunsch der meisten Menschen nach Familie und Kindern erfüllbar wird.

**12.** Familie ist überall dort, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern Verantwortung tragen. Das sind Ehepaare mit ehelichen, nichtehelichen, adoptierten Kindern oder mit Pflegekindern, erwachsene Kinder, die sich

### Familie als Verantwortungs-Gesellschaft

um ihre Eltern kümmern, alleinerziehende Mütter und Väter oder Alleinerziehende mit Lebenspartner sowie nichteheliche Lebensgemeinschaften mit gemeinsamen Kindern.

Partnerschaft, Verlässlichkeit und Treue, Zuwendung und Orientierung für die Jungen sowie Solidarität gegenüber den Alten: Das sind Maßstäbe, die unabhängig von allen gesellschaftlichen Entwicklungen gültig bleiben.

**13.** Partnerschaft und Gleichberechtigung sind heute grundlegende Voraussetzungen für eine dauerhafte Ehegemeinschaft. Die auf Dauer angelegte Ehe ist die beste Grundlage dafür, dass Mutter und Vater partnerschaftlich füreinander und für ihre Kinder Verantwortung übernehmen

und gemeinsam zu Lebensunterhalt, Erziehung und Haushaltsführung beitragen. Deshalb ist der besondere

### **Ehe als dauerhafte Gemeinschaft**

Schutz des Staates, unter den das Grundgesetz die Ehe stellt, nach wie vor gut begründet.

**14.** Die Familie ist der erste und wichtigste Ort der Weitergabe und Einübung von grundlegenden Überzeugungen und wertgebundenen Einstellungen. Hier werden am besten die Eigenschaften und Fähigkeiten entwickelt, die Voraussetzung einer

### **Wertevermittlung in der Familie**

freien und verantwortlichen Gesellschaft sind. Deshalb sehen wir in den Familien ein Fundament unserer Gesellschaft. Der Zusammenhalt in den Familien ist eine wesentliche Grundlage für die Solidarität in und die Stabilität der Gesellschaft.

Die Erziehung der Kinder ist vorrangiges Elternrecht. Staat und Politik wollen nicht vorschreiben, nach welchen Grundsätzen die Erziehungsrbeit in der Familie zu gestalten ist.

**15.** Familien sichern durch die Erziehung von Kindern den Fortbestand der Gemeinschaft. Sie leisten damit zugleich einen unverzichtbaren Beitrag zum Generationenvertrag, der

die Grundlage unseres sozialen Sicherungssystems darstellt. Eine

### **Familien brauchen soziale Gerechtigkeit**

Gesellschaft, in der immer weniger Kinder geboren werden, setzt ihre Zukunft aufs Spiel.

Die Erziehungsleistung der Familie kommt im Ergebnis auch denen zugute, die selbst keine Kinder erziehen. Es ist deshalb ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit, Familien im umfassenden Sinne zu fördern.

**16.** Familienpolitik ist mehr als Politik für mehr Kinder. Aber Kinder sind Reichtum. Sie machen Freude. Eine

### **Ansprüche der Kinder beachten**

Gesellschaft, in der immer weniger Menschen Erfahrungen mit Kindern machen können, wird menschlich arm.

Kinder sind Entwicklung. Sie tragen unsere Hoffnungen und geben uns die Chance eines immer neuen Anfangs. Kinder müssen für die Zukunft stark gemacht werden. Eine Gesellschaft, die Kindern keinen Freiraum für ihre Entwicklung gewährt, verliert ihre Innovationsfähigkeit.

Kinder fordern zu recht ihre Eltern. Wer sich für Kinder entscheidet, übernimmt für sie Verantwortung und Pflichten, denen er sich nicht entziehen kann.

Aber es gibt auch berechnete Erwartungen der Gesellschaft an die Familien. Um der Zukunft der Gesellschaft willen müssen Familien einen wesentlichen Beitrag leisten, damit Kinder zu eigenständigen, verantwortungsfähigen und leistungsbereiten Frauen und Männern heranwachsen.

**17.** Die CDU tritt für einen umfassenden und wirksamen Schutz des ungeborenen Kindes ein. Keine Frau soll allein deswegen, weil sie ein Kind bekommt, in eine soziale Notlage geraten und deshalb in Erwägung ziehen, eine Schwangerschaft abbrechen zu lassen. Schwangere in Not- und

### **Schutz des ungeborenen Kindes**

Konfliktlagen brauchen vor allem umfassende Beratungs- und Betreuungsangebote, die ihnen helfen, mit schweren seelischen Belastungen fertig zu werden und sich für das Leben des Kindes zu entscheiden. Insbesondere die Kirchen können hier einen wertvollen Dienst leisten. Wir wollen das Bewusstsein dafür schärfen, dass die Väter gegenüber den Frauen und ihren ungeborenen Kindern ein Höchstmaß an Verantwortung tragen, der sie sich nicht entziehen dürfen.

**18.** Familienpolitik ist mehr als Frauenpolitik. Unsere Familienpolitik richtet sich an Mütter und Väter, die gemeinsam Verantwortung für ihre Kinder wahrnehmen. Wir wollen insbesondere den Vätern Mut machen,

sich stärker bei der Familienarbeit und in der Erziehung zu engagieren. Die bisher geringe Nutzung des Erziehungsurlaubs durch Väter zeigt, dass gesetzliche Maßnahmen allein wenig bewirken. Notwendig ist ein Wandel

### **Verantwortung der Väter**

im Verständnis tradierter Rollenmuster. Wir wollen mit unserer Politik einen Beitrag dazu leisten, dass Männer und Frauen in partnerschaftlicher Weise Verantwortung für ihre Kinder übernehmen können.

**19.** Wir respektieren die Entscheidung von Menschen, die in anderen Formen der Partnerschaft ihren Lebensentwurf zu verwirklichen suchen. Dies gilt für nichteheliche

### **Partnerschaft in anderen Formen**

Partnerschaften zwischen Frauen und Männern, dies gilt auch für gleichgeschlechtliche Partnerschaften. Wir anerkennen, dass auch in solchen Beziehungen Werte gelebt werden, die grundlegend sind für unsere Gesellschaft. Wir werben für Toleranz und wenden uns gegen jede Form von Diskriminierung. Wir wollen prüfen, welche rechtlichen Hindernisse, die dem gemeinsamen Leben und der gegenseitigen Fürsorge im Wege stehen, beseitigt werden können. Eine rechtliche Gleichstellung dieser Lebensgemeinschaften mit der Ehe lehnen wir ab.

# III. Politik für die Zukunft der Familie

## Grundsätze unserer Familienförderung

**20.** Wir verstehen Familienpolitik als Familienvorrangpolitik. Dabei spielt die finanzielle Förderung eine wesentliche Rolle. Familienpolitik ist aber mehr als Finanzpolitik. Für die finanzielle und sonstige Förderung von Familien lassen wir uns von folgenden Grundsätzen leiten:

- Es ist Ausdruck eines überholten Denkens, wenn Erwerbsarbeit und Familienarbeit wertend gegenüber gestellt werden. Wir wissen, dass es nicht einfach ist, zwischen Familien- und Erwerbsarbeit völlig frei zu wählen. Aufgabe unserer Politik ist es aber, schrittweise die Wahlmöglichkeiten zu erweitern, indem möglichst viele flexible Lösungen angeboten werden.
- Die Förderung von Familien und Kindern muss sicherstellen, dass eine Entscheidung für die Familienentätigkeit sowie für Kinder und ihre Erziehung nicht zu einer gravierenden finanziellen Schlechterstellung gegenüber Kinderlosen führt.
- Der notwendige Unterhalts-, Betreuungs- und Erziehungsbedarf von Kindern muss steuerfrei gestellt sein. Das entspricht einer steuerlichen Behandlung von Kin-

dern vergleichbar der von Erwachsenen. Dies ist eine Frage der leistungsbezogenen Steuergerechtigkeit, nicht aber eine Förderung im Sinne einer sozialen Leistung.

- Anspruch auf finanzielle Förderung des Staates haben die Familien, deren Einkommen trotz der steuerlichen Freistellung der Aufwendungen für Kinder den durch Kinder entstehenden zusätzlichen Bedarf nicht deckt.
- Keine Familie soll nur deshalb, weil sie die Kosten für ihre Kinder nicht aufbringen kann, auf Sozialhilfe angewiesen sein.
- Der Staat fördert Familien mit Kindern in den ersten Lebensjahren besonders stark, da hier der Erziehungsbedarf sehr hoch und eine volle Vereinbarkeit von Beruf und Familie in der Regel nicht gegeben ist. In den späteren Lebensjahren von Kindern fließt ein Teil der staatlichen Familienförderung in die Betreuungs- und Bildungseinrichtungen.
- Die finanziellen Leistungen des Staates sollen in der Höhe so bemessen sein, dass sie für alle Frauen und Männer eine Entscheidung für eine ausschließliche oder zeitweise Wahrnehmung von Familienarbeit oder aber eine Kombination von Berufs- und Familienarbeit ermöglichen.

- Höhere familienbezogene Leistungen sind keine Alternative zum notwendigen weiteren Ausbau der familienergänzenden Kinderbetreuung.
- Der Staat kann den Familien nicht alle finanziellen Belastungen abnehmen; er muss dies auch nicht tun. Die Erziehung von Kindern ist und bleibt vorrangig eine Aufgabe der Eltern, die nicht vollständig in Mark und Pfennig aufgewogen werden kann. Aber ein geringes Einkommen der Eltern darf nicht dazu führen, dass die Entwicklungschancen von Kindern eingeschränkt werden.
- Die Leistungen, die Frauen und Männer durch Kindererziehung und Pflege erbringen, sind angemessen in der Gesetzlichen Rentenversicherung zu berücksichtigen.
- Die Ausgestaltung staatlicher Leistungen für Familien muss so angelegt sein, dass sie die partnerschaftliche Elternverantwortung fördern. Eine moderne Familienpolitik darf nicht zu einer staatlich geförderten Verfestigung einseitiger Rollenmuster der Aufgabenteilung zwischen Mann und Frau führen.
- Beratung und Hilfe sind integrative Bestandteile unseres Förderkonzeptes für Familien. Dabei setzen wir vorrangig auf präventive Maßnahmen, weil sie am ehesten geeignet sind, Fehlentwicklungen aufzuarbeiten.

## **Beruf und Familie besser vereinbaren**

**21.** Unter den Maßnahmen der Familienförderung räumen wir der besseren Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit sowie dem gelungenen Wiedereinstieg in den Beruf nach einer Familienphase Priorität

### **Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern**

ein. Frauen haben dabei den gleichen Anspruch wie Männer, Familie und Beruf zu vereinbaren. Berufstätigkeit und Elternschaft miteinander zu vereinbaren, darf in einer modernen Gesellschaft nicht das ausschließliche Problem von Frauen sein. Eine Entscheidung für Kinder darf nicht das Aus für eine spätere berufliche Entwicklung bedeuten. Wir werben nachdrücklich für mehr gesellschaftliche Akzeptanz sowohl berufstätiger Mütter als auch familientätiger Väter. Die Schlüsselfrage für die Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit ist die zufriedenstellende Regelung der Kinderbetreuung.

### **Dafür setzen wir uns ein:**

- Fortentwicklung des von uns durchgesetzten „Erziehungsurteils“ zu einem „Anspruch auf Familienzeit“. Künftig sollen Mütter und Väter ein Zeitkonto von drei Jahren in den ersten acht Lebensjahren ihres Kindes flexibel

in Anspruch nehmen können. Sie sollen damit in die Lage versetzt werden, sich in den Lebensphasen, in denen ein Kind besonders intensiv auf die Begleitung und

### Erziehungsurlaub zur Familienzeit weiterentwickeln

Zuwendung seiner Eltern angewiesen ist, vorrangig ihrer Erziehungsaufgabe widmen zu können. Dies gilt vor allem für die Zeit nach der Geburt, des Eintritts in den Kindergarten und der Einschulung in die Grundschule.

- Verlängerung des Anspruchs auf Familienzeit von 3 Jahren um ein „Partnerhalbjahr“ für den Fall, dass beide Eltern sich die Familienzeit teilen.
- Anspruch auf Teilzeit in Unternehmen mit mehr als 20 Mitarbeitern während der Erziehungszeit. Die Regelung, dass während des bisherigen Erziehungsurlaubes höchstens 19,5 Stunden gearbeitet werden darf, soll bei der Familienzeit ersatzlos entfallen.

**22.** Mit der Durchsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz hat die CDU eine we-

### Kindergarten

sentliche Voraussetzung für die bessere Vereinbarkeit von Berufs- und Familienarbeit geschaffen. Für drei-

bis sechsjährige Kinder ist damit grundsätzlich ein bedarfsgerechtes Angebot vorhanden. Es kommt jetzt darauf an, dieses Angebot enger an den Bedürfnissen der Eltern auszurichten. Der Besuch eines Kindergartens für zwei bis drei Jahre ist im übrigen für die Kinder auch unter dem Gesichtspunkt des sozialen Lernens von großer Bedeutung, damit sie Anregungen, Förderung und Kontakte mit anderen Kindern finden. Dies ist besonders für Kinder wichtig, die (noch) keine Geschwister haben.

### Dafür setzen wir uns ein:

- Erhebung der nach Regionen und Wohnvierteln unterschiedlichen Elterninteressen durch die Kommunen für ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot und differenzierte Angebote im Hinblick auf Öffnungszeiten, Essensversorgung und pädagogische Konzeption sowie Betreuung in Ferienzeiten. Dort, wo rechtliche Hindernisse für solche differenzierten Angebote existieren, fordern wir die Landesgesetzgeber auf, diese umgehend zu beseitigen. Insbesondere sollen Möglichkeiten geschaffen werden, vorhandene Kindergartenkapazitäten auch für andere Altersgruppen zu nutzen.

**23.** Im Westen Deutschlands herrscht noch ein großer Mangel an Betreuungsangeboten für 1-3-jährige

Kinder. Insbesondere Frauen und Männer, die in modernen, sich rasch weiterentwickelnden Berufen arbeiten, sind darauf angewiesen, Kleinkinder-Betreuung in Anspruch zu nehmen, um den Anschluss im Be-

### Betreuung von Kleinkindern

ruf nicht zu verlieren. Kleinkinder-Betreuung bietet Raum für eine Vielzahl von kreativen Lösungen.

### Dafür setzen wir uns ein:

- Schaffung von Rahmenbedingungen für die Betreuung von Kleinkindern, wobei nicht nur auf institutionalisierte Lösungen gesetzt, sondern auch bedarfsgerechtere Angebote von Elterninitiativen und Tagesmutterprojekten einbezogen werden sollen.
- Schaffung eines besseren Angebotes an Betreuungseinrichtungen für Kinder studierender Eltern.
- Fortführung der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Beschäftigten im Privathaushalt und weitere Vereinfachung des Anstellungsverfahrens für Arbeitgeber. Darüberhinaus soll die Abzugsfähigkeit auch auf Beschäftigte von Dienstleistungszentren erweitert werden. Dienstleistungszentren garantieren den Familien zuverlässiges und qualifiziertes Personal. Krankheits- und Urlaubsvertretungen sind selbstverständlich.

**24.** Zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf müssen auch die Grundschulen und weiterführenden Schulen einen Beitrag leisten.

### Dafür setzen wir uns ein:

- Während der Grundschulzeit müssen Mütter und Väter die Gewissheit haben können, dass ihre

### Einhaltung des Stundenplans

Kinder während der im Stundenplan angegebenen Zeiten auch tatsächlich von der Schule betreut werden.

- Schaffung von Rahmenbedingungen, durch die Schulen in die Lage versetzt werden, den Wünschen

### Ganztagsbetreuung in der Schule

von Eltern nach einer Ganztagsbetreuung an der Schule zu entsprechen. Ganztagsbetreuung darf kein Privileg von Gesamtschulen sein.

- Angebote der Kinderbetreuung und Jugendarbeit an Schulen auch in Zeiten der Schulferien.
- Mehr Betreuungs-Angebote für Schulkinder auch durch freie Trä-

### Freie Träger

ger, die ihre Arbeit nach eigenem pädagogischem Profil ausrichten.

Kinderbetreuung muss mehr sein als das Verwahren von Kindern. Freie Träger können im Rahmen ihres Betreuungsangebotes auch der verbandlichen Kinder- und Jugendarbeit neue Chancen eröffnen.

- 25.** In Zukunft werden mehr Menschen selbstständig sein. Besondere Probleme haben jene Familien zu meistern, die einen Familienbetrieb führen, zu dessen Kennzeichen die enge Verknüpfung von Arbeits- und Privatbereich und die Identität von Betriebs- und Privatvermögen gehören.

## Familie und Mittelstand

Neben den sich daraus ergebenden vielfältigen Chancen der selbstbestimmten Lebensführung kann dies aber auch zu Konflikten zwischen den berechtigten Ansprüchen der Familie und den unabweisbaren Anforderungen des Berufsalltags führen. Dies gilt vor allem für Frauen. Immerhin wird bereits jedes vierte Unternehmen in Deutschland von einer Frau geführt.

### Dafür setzen wir uns ein:

- Kleinbetriebe und Familienunternehmen müssen in der Bildungspolitik größere Berücksichtigung finden. Lehrinhalte, Schulbücher und Lernmittel sind daraufhin zu überprüfen.
- Gerade für Kleinbetriebe sind verlässlich und längere Betreuungs-

zeiten in Kindergärten und Schulen besonders wichtig. Betreute Grundschulen sind je nach regionalen Erfordernissen verstärkt einzurichten.

- 26.** Unternehmen haben ein großes Eigeninteresse daran, gut motivierte und qualifizierte Mitarbeiter zu gewinnen und zu halten, die sich voll mit ihrem Unternehmen identifizieren und die über ein hohes Maß an Arbeitsplatzzufriedenheit verfügen. Dies kann nicht zuletzt auch dadurch gefördert werden, dass die Unternehmen es ihren Mitarbeitern – wo immer dies möglich ist – durch fle-

## Unternehmens-Strukturen familienfreundlich gestalten

xible Arbeitszeitregelungen erleichtern, Erwerbsarbeit und Familienarbeit besser zu koordinieren. Die Schaffung familienfreundlicher Unternehmensstrukturen muss zu den zentralen Aufgaben des Managements gehören. Insbesondere Männer müssen von Seiten der Unternehmen mehr Unterstützung erhalten, wenn sie sich für ihre Familie stärker engagieren wollen. Wir brauchen familiengerechte Jobs und keine jobgerechten Familien.

### Dafür setzen wir uns ein:

- Wir fordern die Tarifpartner auf, sich im Rahmen von Tarifverhandlungen um flexible Arbeitszeiten,

Jahresarbeitszeitkonten und Gleitzeitregelungen zu bemühen, die den Bedürfnissen von Arbeitnehmern in der Familienphase oft

### **Verantwortung der Tarifpartner**

mehr entgegen kommen als eine mehrprozentige Lohn- oder Gehaltserhöhung.

- Der Wandel in der Arbeitsorganisation ermöglicht es zunehmend, Arbeit vom Betrieb in die Privat-

### **Tele- und Heimarbeit**

wohnung zu verlagern. Wir fordern die Unternehmen auf, diese neue Chance zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf – wo immer möglich – zu nutzen.

- Anspruch auf Teilzeitarbeit für Männer und Frauen nach der Rückkehr aus der vollen Familienphase, um auf diese Weise auch

### **Teilzeit**

im notwendigen Umfang für die Betreuung von Kindern zur Verfügung stehen zu können.

- Wir fordern die Landesregierungen auf, besondere Beispiele für fami-

### **Vorbilder herausstellen**

lienfreundliche Betriebsstrukturen öffentlich auszuzeichnen und da-

mit zum Vorbild für andere Betriebe zu machen.

- Anwendung von Auditierungsverfahren, insbesondere in größeren Unternehmen, zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf in möglichst vielen Betrieben. Dem einzelnen Unternehmen kann auf diese Weise an Hand von Kriterienkatalogen geholfen werden, seine Familienfreundlichkeit auf

### **Familien-Audit**

den Prüfstand zu stellen und weiterzuentwickeln. Wir wollen ein bundeseinheitliches Familien-Audit durch Wirtschafts- und Familienverbände entwickeln und es zum Markenzeichen für familienfreundliche Betriebe machen.

- Angebot einer Möglichkeit der Kinderbetreuung im Betrieb oder als Verbundeinrichtung mehrerer Betriebe in der Nähe des Betriebs-

### **Betriebskindergarten**

ortes. Solche Angebote könnten auch flexibel darauf reagieren, wenn Mutter oder Vater aus betrieblichen Gründen unvorhergesehene Mehrarbeit leisten müssen.

- 27.** Angesichts einer sich rasch wandelnden Arbeitswelt ist es für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unumgänglich, sich möglichst zeitnah über Weiterentwicklungen in

ihrem Berufsfeld zu informieren und neue Qualifikationen zu erwerben und zu trainieren. Wo Betriebe zu einer Wiedereinstellung nach der

## Rückkehr in den Beruf

Familienphase verpflichtet sind, müssen diese daran interessiert sein, ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Familienphase in die betriebliche Fortbildung einzubeziehen. Dem öffentlichen Dienst kommt in dieser Hinsicht eine Vorbildfunktion zu.

## Dafür setzen wir uns ein:

- Verstärkte Organisation von Fortbildungsmaßnahmen über die Kammern und Unternehmen sowie durch die Bundesanstalt für Arbeit. Fortbildung muss als nachhaltiger Schutz vor Arbeitslosigkeit verstanden werden. Die hier investierten Finanzmittel sind weitaus besser investiert als die Aufwendungen im Fall des Verlustes einer Beschäftigung.

## Familien finanziell besser fördern

- 28.** Alle entscheidenden Weichenstellungen und Fortschritte in der

## Anwalt der Familie

Familienpolitik tragen die politische Handschrift der CDU Deutschlands:

- 1949: Einführung von Kinderfreibeträgen im Steuerrecht
- 1954: Einführung der Familienausgleichskasse – das erste Kindergeld
- 1986: Einführung von Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub mit Wiedereinstellungsgarantie
- 1986: Einführung von Erziehungszeiten im Rentenrecht
- 1992: Erhöhung der Kindererziehungsjahre im Rentenrecht von einem auf drei Jahre
- 1996: Einführung des Optionsmodells: Wahlmöglichkeit zwischen Kindergeld oder Kinderfreibetrag

Wir Christliche Demokraten haben uns – wie keine andere Partei – immer als politischer Anwalt der

## Modernisierung staatlicher Förderinstrumente

Familien verstanden und entsprechend gehandelt.

- 29.** Wir treten angesichts veränderter Lebenswirklichkeiten für eine Modernisierung der staatlichen Förderinstrumente für Familien ein.

## Dafür setzen wir uns ein:

- Zusammenfassung des Bundeskindergeldes – soweit es bis zum 6. Lebensjahr gezahlt wird – und des Erziehungsgeldes zu der neuen familienbezogenen Leistung

„Familiengeld“ und Ausgestaltung in der Höhe so, dass der Familienarbeit und der Erziehungsleistung besser als bisher Rechnung getragen wird.

Anspruch auf Familiengeld haben Erziehende bis zur Vollendung des 6. Lebensjahres eines Kindes. Die Höhe des Anspruches richtet sich nach dem Familieneinkommen und dem Alter des Kindes. Die höchsten Leistungen erfolgen in den ersten drei Lebensjahren, wenn der persönliche oder finanzielle Betreuungsaufwand der Erziehenden am höchsten ist. Über das 6. Lebensjahr hinaus besteht wie bisher Anspruch auf Kindergeldzahlung.

Unser Ziel ist es, die Familienarbeit gegenüber der Erwerbsarbeit ideell und materiell weiter aufzuwerten. Um dies leisten zu können, bedarf es einer besseren Steuer-, Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik, die auch eine weitere Absenkung der Staatsquote im Blick hat.

Den Intentionen des Bundesverfassungsgerichts werden wir auch bei der Weiterentwicklung des Kindergeldes Rechnung tragen.

Familiengeld bzw. Kindergeld sowie die entsprechenden Einkommens-

### **Dynamisierung**

grenzen sollen regelmäßig dynamisiert werden, damit den Familien der reale Wert dieser Transfers auf jeden Fall erhalten bleibt.

Die bisherigen familienbezogenen Leistungen Baukindergeld/Eigenheimzulage, Ausbildungsförderung, Ehegattensplitting sowie die steuerliche Absetzbarkeit von Haushalts-hilfen sollen beibehalten werden.

- Die Rente beruht auf der Solidarität der Generationen. Trotzdem haben die, die Kinder erziehen,

### **Kinderkomponente in der Rente**

im Alter weniger Rente als Kinderlose. Wir wollen die Anerkennung der Kindererziehung im Rentenrecht weiter verbessern.

Heute erfolgt eine Anerkennung der Kindererziehung im Rentenrecht als steuerfinanzierte Leistung aus dem Bundeshaushalt. Entsprechend diesem Vorgehen könnte auch in Zukunft diese Leistung aufgestockt werden. Zu bedenken ist dabei, dass dafür Steuergelder benötigt werden, die angesichts der realen Haushaltslage für eine Verbesserung des Familienleistungsausgleichs möglicherweise nicht zur Verfügung stehen könnten.

Deshalb wollen wir prüfen, ob es möglich ist, im Rahmen einer Gesamtkonzeption für die Weiterentwicklung des Rentensystems zukünftig neben dem Faktor der Lebenserwartung auch Kinder als zweiten demographischen Faktor zu berücksichtigen und Familien mit Kindern

in der Rente einen Bonus gegenüber Kinderlosen zu geben. An einem solchen Bonus müsste sich dann auch eine Reform der Hinterbliebenenversorgung orientieren. Dabei müssen wir im Blick haben, dass die private Vorsorge als zweite Säule des Rentensystems an Bedeutung gewinnt.

Es muss Familien mit Kindern eine faire Chance eröffnet werden, im Alter gegenüber Kinderlosen nicht benachteiligt zu sein.

- Einführung von „Familien-Gutscheinen“ als neue familienbezogene Leistung, mit der wir gezielt die Innenkräfte der Familien stärken wollen. Diese Gutscheine berechtigen zur Inanspruchnahme von

### Familien-Gutscheine

Beratungs- und Weiterbildungsangeboten, die der Vorbereitung auf Ehe und Familie dienen, dem Erlernen der Haushaltsführung und Kenntnisse über Ernährung für eine bessere Gesundheitsvorsorge vermitteln. Sie sind geeignet, Erziehungskompetenz zu stärken und Familien in Krisen- und Umbruchsituationen zu helfen. Ihre Inanspruchnahme ist freiwillig.

Die Familien-Gutscheine sollen auch berechtigten zur Inanspruchnahme musischer Angebote zur Förderung der Kreativität. Dadurch sollen auch Kinder aus sozial schwachen Familien oder aus Familien, die außerge-

wöhnlichen Belastungen ausgesetzt sind, die Chance zur gesellschaftlichen Teilhabe erhalten.

## Die Erziehungskraft der Familie stärken

**30.** Eltern haben ein hohes Interesse an der Entwicklung ihrer Kinder. Sie sind aber heute durch den gesellschaftlichen Wandel vielfach verunsichert in Fragen des Zusammenlebens, der Kindererziehung, der praktischen Haushaltsführung und der sinnvollen Freizeitgestaltung. So

### Erziehungsfähigkeit fördern

ist zum Beispiel mit den heute auch Kindern zur Verfügung stehenden zahlreichen Medien die Zahl der „heimlichen Miterzieher“ stark gewachsen. Es gibt einen zunehmenden, hohen Bedarf an Beratung in Fragen der Partnerschafts- und Erziehungsfähigkeit.

Familienbildung und Familienberatung sind eine Notwendigkeit für alle sozialen Schichten. Sie müssen eine wesentlich breitere Zielgruppe erreichen als bisher. Es hat sich gezeigt, dass derartige Angebote insbesondere in Zeiten des Wechsels von einer Lebensphase in andere angenommen werden: zur Zeit der Heirat, in der Schwangerschaft, nach der Geburt eines Kindes, beim Eintritt in Kindergarten und Schule.

Familienbildung und Familienberatung hat zum Ziel, Erziehungs-Sicherheit zu vermitteln, Überforderungen bei Erwachsenen und Kindern abzubauen sowie Eltern-Kind-Konflikte und Konflikte unter den Eltern zu entschärfen. Sie in Anspruch zu nehmen, darf nicht als Scheitern der eigenen Erziehungsarbeit, sondern sollte als deren Unterstützung und Ergänzung gesehen werden.

Entscheidend ist, dass Beratungsdienste ihre Hilfen unbürokratisch anbieten können: schnell erreichbar, kurze oder keine Wartezeiten, ohne

### Unbürokratische Hilfe

Zuständigkeits-Hierarchien und untereinander vernetzt. Unverzichtbar ist die aktive Beteiligung und Mitentscheidung der Eltern bei Festlegungen über Art, Inhalt und Umfang der Hilfen.

### Dafür setzen wir uns ein:

- Beratungsdienste müssen personell so ausgestattet sein, dass sie im wesentlichen auch aufsuchend und präventiv arbeiten können. Dies ist regelmäßig notwendig in

### Präventive Arbeit

den Fällen, in denen minderjährige Kinder von einer beabsichtigten Trennung oder Scheidung der Eltern betroffen sind. Dazu gehört, dass diese Dienste auch werbend

auf ihre Angebote aufmerksam machen: beim Kinderarzt, im Kindergarten, beim Rechtsanwalt oder im Supermarkt. Angebote der Familienbildung sollen stärker mit Hilfen verbunden werden, die Familien bereits in Anspruch nehmen: Geburtsvorbereitungskurse, Stillgruppen, Kindertagesstätten u.ä. Damit wird die Hemmschwelle gesenkt und eine wesentlich breitere Zielgruppe angesprochen.

- 31.** In besonderer Weise auf Hilfe und Beratung angewiesen sind Familien, in denen Pflegebedürftige betreut werden, in denen Suchtpro-

### Besondere Problemlagen

bleme zu bewältigen sind oder die von längerfristiger Arbeitslosigkeit betroffen sind.

### Dafür setzen wir uns ein:

- Ausreichende finanzielle Ausstattung der familienunterstützenden Fachdienste der Kommunen und der freigemeinnützigen Träger, damit sie ihre Arbeit optimal leisten können.

- 32.** Besondere Hilfen brauchen Familien, in denen behinderte Kinder

### Familien mit behinderten Kindern

heranwachsen. Behinderte sind Teil unserer Gesellschaft; sie und ihre

Familien haben Anspruch auf Solidarität und Unterstützung.

Wer behinderte Kinder und Jugendliche fördern will, muss auf Integration statt auf Isolation setzen. Der Erfahrungsaustausch zwischen Behinderten und Nichtbehinderten ist eine Bereicherung für unsere Gesellschaft. Integration muss immer an dem Ziel orientiert sein, dem Behinderten die Chance auf optimale Förderung zu sichern. Integrative Kindergärten und Schulen können hierfür einen wichtigen Beitrag leisten. Ein gut ausgebautes Angebot an Sonderkindergärten, Tagesbildungsstätten, sozialpädiatrischen Zentren sowie Sonder- und Förderschulen ist ebenso unverzichtbar.

### Dafür setzen wir uns ein:

- Ausweitung familienentlastender Dienste zugunsten von Familien mit behinderten Kindern. Dazu gehört auch die verstärkte Schaffung von Kurzzeitpflegemöglichkeiten, um den Eltern behinderter Kinder die Möglichkeit zu geben, Erholung und neue Kraft für ihre schwere Aufgabe zu finden.

**33.** Die zahlreichen erschreckenden Fälle von Gewalt in der Familie, von

### Familiensozialarbeit

Kindesmisshandlung, Verwahrlosung von Kindern und Kindesmissbrauch zeigen, dass es in Deutschland eher zu wenige als zu viele Angebote und Möglichkeiten der Familiensozialar-

beit gibt. Die erforderlichen gesetzlichen Grundlagen sind mit dem von der CDU geschaffenen Kinder- und Jugendhilfegesetz gegeben. Notwendig sind vor allem eindeutige, auch finanzielle, Prioritätensetzungen in den Haushalten der Länder, Kreise und Kommunen.

### Dafür setzen wir uns ein:

- Weiterer Ausbau des Netzes der Anlauf- und Beratungsstellen im Rahmen der Familiensozialarbeit. Besonders in sozialen Brennpunkten ist mehr vorbeugende und nachbetreuende Familienhilfe für Eltern, Kinder und Jugendliche erforderlich. Wir befürworten Hilfskonzepte, die an der Familie als Ganzes orientiert sind und darauf abstellen, Kinder wo immer möglich in der Familien zu belassen.

**34.** Die Enquete-Kommission „Demographischer Wandel“ des Deutschen Bundestages rechnet für das Jahr

### Ausländische Familien

2050 mit einem Anteil ausländischer Mitbürger in der Bundesrepublik Deutschland von 38 Prozent. Heute bereits stammt ein signifikanter Anteil der hier geborenen Kinder aus Familien anderer Nationalitäten.

Ausländische Familien – ähnliches gilt für die Familien von Aussiedlern – und die in ihnen aufwachsenden Kinder haben eine Fülle besonderer Probleme zu bewältigen, die vor

allem in der Bewältigung kultureller Umbrüche wurzeln. Es gilt, Rahmenbedingungen für eine verbesserte Integration von Ausländern in Deutschland zu schaffen.

### Dafür setzen wir uns ein:

- Umfassende Umsetzung des von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion verabschiedeten Programms „Integration und Toleranz“ gerade auch im Hinblick auf die Förderung ausländischer Familien mit Kindern.

## Familienfreundliche Gesellschaft

**35.** Familienpolitik ist Querschnittsaufgabe. Fast alle Politikfelder sind in der Lage und in der Pflicht, zu guten Rahmenbedingungen für Familien

### Lebensbedingungen von Familien verbessern

beitragen. Deshalb muss jedes neue politische Projekt in seinen Auswirkungen auf Familien gründlich geprüft werden.

### Dafür setzen wir uns ein:

- Einführung einer Kinderkomponen-

### Familien finanziell entlasten

te in den kommunalen Tarifen für die Ver- und Entsorgung.

- Einführung einer familienfreundlichen Preisdifferenzierung durch

die Deutsche Bahn AG und alle anderen Verkehrsträger.

- Flächendeckende Einführung eines „Familienpasses“, der eine kostengünstige Nutzung öffentlicher Einrichtungen ermöglicht.

**36.** Familiengerechte und zugleich preiswerte Wohnungen zu finden ist insbesondere für junge, kinderreiche und einkommensschwache Familien

### Familiengerechter Wohnungsbau

schwierig. Trotz aller Appelle sind Kinder als Hausbewohner oft unerwünscht. Wohnungssuchende Familien haben die schlechtesten Chancen im Wettbewerb um angemessenen Wohnraum.

### Dafür setzen wir uns ein:

- Förderung des Baus von großen, familiengerechten Wohnungen im Rahmen des Sozialen Wohnungsbaus. Angesichts der Vielfalt der familiären Lebensstile ist es heute notwendig, unterschiedliche

### Familiengerechtes Wohnumfeld

Wohnungstypen für Kleinfamilien, Mehrkinderfamilien und Alleinerziehende anzubieten. In den Bauplanungen muss auch berücksichtigt werden, dass zunehmend Familien die Aufgabe übernehmen, Angehörige zu pflegen.

- Schnellere und umfangreichere Ausweisung von Flächen für kosten- und flächensparendes Bauen, insbesondere für familien-gerechte Einfamilienhäuser.
- Berücksichtigung der Bedürfnisse vor allem von Familien, von Kin-dern und von Senioren bei der Planung von Neubaugebieten und der Sanierung bestehender Wohn-viertel. Dazu gehören ausreichen-de Möglichkeiten zum Spielen und Toben, zur Kommunikation ein-ladende Ruhezone, schnell er-reichbare Einkaufsmöglichkeiten für Gegenstände des täglichen Bedarfs, kurze Wege zu Kinderbe-treuungseinrichtungen und eine gute Anbindung an den öffentli-chen Personennahverkehr. Ange-sichts kleiner werdender Familien gewinnen Nachbarschaft und Wohnviertel auch als sozialer Er-fahrungsraum für Kinder und Ju-gendliche sowie als Begegnungs-möglichkeit für Erwachsene an Bedeutung. Durch die Einbindung älterer Menschen in nachbar-schaftliche Strukturen kann nicht nur altersbedingter Einsamkeit und Isolation wirkungsvoll begeg-net werden, sondern auch die Erfahrung der älteren Menschen in die gesellschaftliche Entwick-lung einbezogen werden.
- Zukunftsorientierte Ausgestaltung kommunaler Jugendpolitik mit dem Ziel, Jugendliche zur Selbst-bestimmung zu befähigen, sie zur

gesellschaftlichen Mitverantwor-tung anzuregen und zum sozialen Engagement in allen gesellschaft-lichen Bereichen hinzuführen. Dieses kann insbesondere auch durch die Einrichtung von Jugend-zentren in freier oder kommunaler Trägerschaft sichergestellt werden. Kommunale Jugendarbeit darf allerdings nicht in Konkurrenz zur verbandlichen Jugendarbeit treten.

## Lust auf Familie – Lust auf Verantwortung

**37.** Familienpolitik muss Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass Menschen Familien gründen und die sich ihnen in der Familie stellenden

### Familie hat Zukunft

Aufgaben weitgehend entlastet wahrnehmen können. Im Verhältnis zu Kinderlosen müssen ihnen gleiche Lebenschancen eingeräumt werden.

Familie hat Zukunft, wenn die Ent-scheidung für Kinder und die Über-nahme von Elternverantwortung von den gesellschaftlichen Bedingungen her die gleiche Chance erhält wie andere Möglichkeiten der Lebensge-staltung.

Eine familienfreundliche Gesellschaft zu schaffen ist nicht allein Aufgabe der Politik. Wir rufen alle gesell-schaftlichen Kräfte auf, hier einen Beitrag zur Zukunft unseres Landes

zu leisten und daran mitzuwirken, dass möglichst viele Menschen ihre Lust auf Familie und ihre Lust auf Verantwortung Wirklichkeit werden

lassen können. Jeder kann einen Beitrag leisten für eine menschliche Gesellschaft, die Kindern optimale Chancen für eine gute Zukunft bietet.

## - A n h a n g -

### 1. Mitglieder der Familienkommission:

Johanna Arenhövel MdL  
Dr. Maria Böhmer MdB  
Marie-Luise Dött MdB  
Ilse Falk MdB  
Friederike de Haas MdL  
Annegret Kramp-Karrenbauer  
Dr. Hans Geisler MdL  
Hermann-Josef Arentz MdL  
Regina van Dinther MdL  
Rainer Eppelmann MdB  
Dr. Rainer Gerding  
Christine Henry-Huthmacher  
Volker Kauder MdB  
Dr. Hermann Kues MdB  
Friedrich Merz MdB  
Prof. Dr. Georg Milbradt MdL  
Marlies Mosiek-Urbahn  
Claudia Nolte MdB  
Peter Harald Rauen MdB  
Dr. Friedhelm Repnik MdL  
Dr. Jürgen Rüttgers MdB  
Dorothea Störr-Ritter MdB  
Prof. Dr. Rita Süßmuth MdB  
Gerald Weiß MdL  
Hildegard Müller  
Rita Pawelski MdL  
Hannelore Rönsch MdB  
Birgit Schnieber-Jastram MdB

Roswitha Verhülsdonk  
Friedrich-Wilhelm Wehrmeyer

### 2. Arbeitsgruppen der Familienkommission:

- Familienbild, Leitung: Dr. Jürgen Rüttgers MdB
- Familienförderung, Leitung: Ilse Falk MdB
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Leitung: Hildegard Müller
- Erziehungsfähigkeit, Leitung: Prof. Dr. Rita Süßmuth MdB

### 3. Anhörungen der Familienkommission

#### ● Expertengespräch „Familie 2000“

23. Juni 1999, Bonn,  
Konrad-Adenauer-Haus

Dr. Jürgen Borchert  
Richter am Hessischen Sozialgericht

Professor Dr. Dr. Dr. Wassilios  
Fthenakis, Direktor des Staatsinsti-  
tuts für Frühpädagogik, München

Dr. Christian Leipert  
Diplom-Volkswirt, Institut für Sozial-  
ökologie (Bonn/Berlin)

Professor Dr. Notburga Ott  
Lehrstuhl für Sozialpolitik und öffentliche  
Wirtschaft, Ruhr-Universität  
Bochum

Professor Dr. Bernd Raffelhüschen  
Institut für Finanzwissenschaft, Frei-  
burg

● **Anhörung „Familie und  
Mittelstand“**

20. Juli 1999, Stuttgart, Haus des  
Schwäbischen Frauenvereins e.V.

Thomas Saile  
Geschäftsführer des Textilunterneh-  
mens Rösch, Tübingen. Preisträger  
Bundeswettbewerb „Der familien-  
freundliche Betrieb“

Marianne Pfister  
Computer-Software-Dienstleistungen  
Comet Computer, München

Monika Frey-Eger  
Mitinhaberin eines Autohauses in  
Heidelberg

Brigitte Kreisinger  
Mitinhaberin eines Fertigungsbetrie-  
bes im Maschinenbau

Gisela Erler  
Familienforscherin, Gründerin des  
„Familienservice“, München

Annette Münich-Wienes  
Firma Fauth-Herkner, Beratungsun-  
ternehmen auf dem Gebiet der Ent-  
wicklung und Umsetzung eines in-  
novativen Arbeitszeitmanagements,  
Pullach bei München

Roland Schmid MdL  
Stadtrat, familienpolitischer Spre-

cher der CDU-Gemeinderatsfraktion,  
Stuttgart

● **Anhörung „Stärkung der  
Erziehungsfähigkeit und  
Familienhilfe“**

17. August 1999, Düsseldorf, Kin-  
derheim St. Raphael

Walter Boscheinen  
Diplom-Theologe, Familienbildungs-  
referent im Erwachsenenbildungs-  
institut „Katholisch-Soziales Institut“,  
Bad Honnef

Dieter Bronder  
Hauptschulrektor, Bundesvorsitzen-  
der des Arbeitskreises „Hauptschu-  
le“, Duisburg

Michael Bruckner  
Theologe, Psychologe, Leiter der  
Katholischen, Ehe-, Familien- und  
Lebensberatungsstelle Düsseldorf  
e.V.

Klaus Graf  
Leiter des Jugendhilfezentrums zur  
Vermeidung von Heimaufenthalten,  
Bonn

Helmut Pieper  
Kriminaldirektor, Leiter des zentralen  
Kriminaldienstes Hannover, Fach-  
bereich Jugend- und Familienkrimi-  
nalität

Maria-Theresia Opladen MdL  
Juristin, hauptamtliche Bürgermeiste-  
rin der Stadt Bergisch Gladbach

Winfried Kösters  
Journalist, Publizist, Autor, Bergheim

● **Anhörung „Stärkung der Erziehungsfähigkeit und Familienhilfe“**

25. August 1999 Leipzig, studentischer Treffpunkt Moritzbastei

Tobias Kogge

Leiter des Jugendamtes der Stadt Chemnitz

Sigrid Müller

Jugendpolitische Sprecherin des CVJM-Verbandes

Günther Refle

Leiter des Felsenweginstituts der Karl-Kübel-Stiftung, Langenhennersdorf

Elke Rudert

Verein für Frauen, Familien und Jugend, Leipzig

Dr. Uta Schlegel

Sozialwissenschaftlerin, Projektleiterin bei Stadt Leipzig/Referat für Gleichstellung

Dr. med. Friedemann Schulze

Kinderarzt, Leiter eines sozialpädiatrischen Zentrums, Leipzig

Reinhold Wanke

Projektleiter gemeinwesenorientier-

tes Kinder-, Jugend- und Familienzentrum Grünau des Caritasverbandes Leipzig e.V.

● **Anhörung „Familienpolitik in Europa/Erfahrungen unserer Nachbarn“**

31. August 1999, Saarbrücken, Katholische Hochschule für soziale Arbeit

Peter Cuyvers

Sekretär des Nationalen Komitees für das internationale Jahr der Familie, Mitglied des Europäischen Observatoriums für Familienpolitik, Den Haag

René Fries

Frankreich, Familienkasse des Departements Moselle, Metz

Agathe Sering

Koordinierungsstelle für nationale und internationale Familienfragen, Bonn

Dr. Claude Wiseler MdEP

Generalsekretär der Chréschtlech Sozial Vollekspartei, Luxemburg